

beraten und beschloss

Bericht aus der Landessynode

II. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 12. bis 14. Juni 2014

Landeskirche will neue Wege erproben

Der Landessynodalausschuss empfiehlt der Landessynode, die mittelfristige Finanzplanung auf sechs Jahre zu erhöhen. Einige Kirchenparlamentarier meldeten Bedenken an.

„Es geht unserer Landeskirche gut“, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, in seinem Bericht. Ein zweistelliger Millionenüberschuss sei ein Grund zur Freude, trotz eines inflationsbereinigten Realverlustes der Kirchensteuer von rund 30 Prozent seit 1993.

Der Jahresabschluss weist Erträge von insgesamt 556,7 Millionen Euro auf. Sie liegen um 24,7 Millionen Euro höher als 2012 und 45,5 Millionen über dem Haushaltsansatz. Darunter sind allein 508 Millionen aus Kirchensteuern. Die Ausgaben fielen mit 521,8 Millionen um 9,1 Millionen geringer aus als geplant, lagen aber immer noch um 22,6 Millionen über denen von 2012. Davon gab die Landeskirche allein rund 400 Millionen für Personal aus. Zusammen mit Drittmitteln, die hauptsächlich für Erzieherinnen in Kindertagesstätten gezahlt werden, lagen die Personalkosten laut Surborg bei insgesamt 610 Millionen Euro. Der Überschuss von 34,9 Millionen Euro fließt komplett in einen Fonds zur Altersversorgung der Pastoren und Kirchenbeamten, wo die Landeskirche ein Defizit bewältigen muss.

Lange und kontrovers diskutierten die Kirchenparlamentarier die Empfehlung für einen sechsjährigen Finanzplanungszeitraum, der ab 2017 erprobt



Die Mitglieder der Landessynode sind konzentriert bei der Arbeit

werden soll. Surborg sagte, es gebe Vor- und Nachteile: Eine solche Zeitspanne sei „ein Stück weit ein Schuss ins Dunkle“. Gleichzeitig erhielten neben den übergemeindlichen Diensten zum Beispiel die Kirchengemeinden stabile Vorgaben, so dass die Kirchenvorstände nur einmal in ihrer Amtszeit eine Stellenplanung vornehmen müssten.

„Es erscheint uns eine solche Arbeits erleichterung zu sein, dass wir diesen Weg zumindest einmal ausprobieren sollten“, sagte Surborg. Um das Risiko überschaubar zu halten, sei der Aufbau einer Risikorücklage zwingend erforderlich.

(weiter auf Seite 2)

Aus dem Inhalt

Landesbischof: Glaubenskraft nicht an Zahlen messen

Seite 3

Kirchliche Hilfen für Flüchtlinge werden immer wichtiger

Seite 4/5

Plädoyer für Kirchenmusik von Orgel bis Pop

Seite 6

In dieser Rücklage könnten die ersten 20 Millionen Euro aus dem Jahresabschluss 2013 und die noch festzulegenden Erträge aus 2015 und 2016 fließen. Zu Anträgen zahlreicher Kirchenkreise, die um ein Moratorium bei Stelleneinsparungen für den Planungszeitraum von 2017 bis 2020 gebeten hatten, machte Surborg im Rahmen der Erprobung folgenden Vorschlag: In den ersten vier Jahren könne eine Nullrunde eingelegt werden, in den letzten beiden Jahren müsse es dann wieder eine Absenkung um jeweils 1,5 Prozent jährlich geben.

Aufgrund der guten Kirchensteuereinnahmen sollen die Kürzungsvorgaben für Einrichtungen wie das Diakonische Werk oder das Missionswerk in Niedersachsen in 2015 und 2016 ausgesetzt werden. Um weitere Personaleinsparungen werde die Landeskirche nach 2020 aber nicht herkommen, unterstrich Surborg.

Weiter kündigte er an, dass die Landessynode einen Antrag der wirtschaftlich angeschlagenen Diakonischen Dienste Hannover (DDH) auf eine Unterstützung in Ruhe prüfen werde. Die gewünschte Summe soll 25 Millionen Euro betragen. „Diese Summe wäre der größte Zuschussbetrag, den die Landeskirche jemals einer Einrichtung zur Verfügung gestellt hat“, unterstrich Surborg. Der Diakonie- und Finanzausschuss werde über den Antrag beraten. Das Ergebnis bleibe genauso offen wie die Frage, „ob es überhaupt eine Beteiligung der Landeskirche geben wird“. Die Unternehmensgruppe wird von Altschulden der Henriettenstiftung über 52 Millionen Euro belastet.

Gerhard Tödter stellte für den Doppelhaushalt der Jahre 2016/17 den Antrag, alle Fachausschüsse der Landessynode sollten den Entwurf des Haushaltsplanes bis zur Novembertagung beraten.

Was das Plenum dazu sagt

Eckart Richter plädierte für einen Planungszeitraum von zwei bis allerhöchstens vier Jahren. „Planungssicherheit und Kontinuität dürfen keine Autofahrt in eine Nebelwand werden.“ Selbst die Berechnung der Lohn- und Einkommenssteuer liege nur bei vier Jahren. Die kirchliche Finanzplanung müsse die Möglichkeit bieten, Rücklagen zu bilden, Stellen abzusichern und betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. „Wir wissen nicht, was die Zukunft genau bringt“, sagte Richter. Die derzeitigen guten Zahlen könnten sich schnell ändern.

Auch Hendrik Wolf-Doettinchem hielt eine sechsjährige Erprobungsphase für zu gewagt. „Die Rahmenbedingungen werden dann ganz andere sein.“

Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch sagte, er sei der Letzte, der leichtfertig mit Geld umgehe: „Nur wenn man welches hat, sollte man es segensreich und verantwortlich ausgeben.“ Das Landeskirchenamt habe die Risiken aber sehr wohl im Blick. Außerdem gebe es ausreichende Frühwarnsysteme.

Jörg Zimmermann sprach sich für die Erprobung der sechs Jahre aus. Stellenplanungen in Kirchenkreisen und Strukturveränderungen brauchten Zeit. Natürlich müsse die Haushaltslage dabei Jahr für Jahr kontrolliert werden und auch die Möglichkeit zu kurzfristigem Handeln bei Problemen gegeben sein.

Fritz Hasselhorn betonte, dass die Kirche kein Wirtschaftsunternehmen sei und es auch nicht werden sollte. Ein Wirtschaftsunternehmen habe einen hauptamtlichen Vorstand, der Maßnahmen ergreifen könne und müsse. „Unsere Stärke ist die Ehrenamtlichkeit.“ Der Juristische Vizepräsident Rolf Krä-



Eckhart Richter

mer sagte, die Risikorücklage sei für Notsituationen gedacht, falls „Nebel, Hagel oder Sturm“ aufträten. Die Verantwortlichen in den Kirchenkreisen wüssten genau, in welche Richtung sie gehen müssten. „Ich traue den Ehrenamtlichen sehr viel zu.“ Es handle sich um ein vertretbares Risiko.

Anfragen der Kirchenparlamentarier gab es auch zu der „Initiative Gemeinwesendiakonie“, für die eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll. Sie könnte aus umgewidmeten Mitteln aus dem Fonds „Kirche im Aufbruch“ finanziert werden. Jörg Zimmermann sagte, der Fonds sei nicht dafür gedacht, mit seinen Geldern andere Töpfe zu finanzieren. Er warnte vor einem Verschiebebahnhof.

Auch die Planungskosten von 150.000 Euro für einen neuen Tagungsstandort der Landessynode in der Neustädter Hof- und Stadtkirche wurden noch einmal kritisch hinterfragt. Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt verwies darauf, dass es bisher noch keine Planung, sondern nur eine Machbarkeitsstudie des Amtes für Bau- und Kunstpflege gebe. Die Landessynode werde in ihrer Novembertagung über das weitere Vorgehen entscheiden.

„Glaubenskraft ist nicht nur an Zahlen messbar“

Landesbischof Meister hat in seinem Bericht die neueste Untersuchung zur Kirchenmitgliedschaft beleuchtet. Außerdem mahnte er die Verantwortung der Kirchen für Flüchtlinge an.

Landesbischof Ralf Meister hat davor gewarnt, die Bedeutung der jüngsten Untersuchung zur Kirchenmitgliedschaft zu hoch zu bewerten. „Wer aus diesen Ergebnissen ein Handlungsprogramm entwirft, wie wir zukünftig Pastoren ausbilden und die Gemeinden aufstellen müssen, welche Leuchttürme neu errichtet und welche alten eingerissen werden sollen, überschätzt diese Analyse kolossal“, sagte er in seinem Bischofsbericht.

Anfang März hatte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) die 5. Kirchenmitgliedschaftsbefragung veröffentlicht. Die Umfrage machte deutlich: 43 Prozent der Evangelischen fühlen sich mit der Kirche sehr oder ziemlich verbunden. Zugleich ist der Anteil derjenigen, die sich kaum oder überhaupt nicht verbunden sehen, auf 32 Prozent gestiegen. In Niedersachsen gehörten 2011 mit knapp vier Millionen noch immer mehr als die Hälfte der Einwohner einer evangelischen Kirche an. Die Aussagekraft der Zahlen sei mit Blick auf die Lebendigkeit des christlichen

Glaubens begrenzt. Die Kirche vor Ort sei weiter gefragt und für den sozialen Zusammenhalt und Werthaltungen in der Gesellschaft unersetzlich, betonte Meister. Das zeige sich unter anderem im Engagement von rund 100.000 Ehrenamtlichen in der Landeskirche. Die Institution Kirche müsse so gestaltet werden, dass Haupt- und Ehrenamtliche den nötigen Gestaltungsraum haben. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Gleichgültigen eine lebendige und starke religiöse Gegenwart vor der Nase haben, die selbstverständlich offene Türen hat.“

Allein religiöse Rituale oder die Begleitung von Menschen, etwa durch Trauerredner oder „Ritualdesigner“, könnten den Glauben an Christus nicht ersetzen, sagte Meister. Dieser Kern des christlichen Glaubens sei auch leitend für die „Barmer Theologische Erklärung“ vor 80 Jahren gewesen.

Im Weiteren rief der Landesbischof die Kirchen dazu auf, laut und vernehmbar für Flüchtlinge und die Religionsfreiheit einzutreten. „Es ist unsere

Aufgabe, Ungerechtigkeiten anzusprechen.“ Weltweit würden 100 Millionen Christen verfolgt. Meister erinnerte auch an die Kriegsbegeisterung der Kirchen im vergangenen Jahrhundert: „Wenn die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg einen Sinn hat, dann den, dass jeder Krieg ein grausames Verbrechen ist und ein Verrat an dem Friedensauftrag Christi.“

Der Bischof warb zudem dafür, bei der Suche nach einem Endlager für Atom- und radioaktiven Müll die Bevölkerung einzubeziehen. „Menschen übernehmen nur dann Verantwortung, wenn sie Vertrauen in die Prozesse haben, um die es hier geht.“ Meister vertritt die evangelische Kirche in der Kommission, die eine Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle vorbereiten soll. An Gorleben sei zu sehen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in eine transparente Endlagersuche so gut wie verloren sei. „Wir werden über Zustände in Jahrtausendzeiträumen nachsinnen, von denen wir keine Vorstellungen haben“, unterstrich Meister die Dimension der Aufgabe.

Was das Plenum dazu sagt

Ruth Scheffler-Hitzegrad verwies auf die Bedeutung von Amtshandlungen wie Trauungen und Taufen, von der die Kirchenmitgliederstudie berichtete. Sie verfolge gelegentlich eine Fernsehsendung über Hochzeitsfeiern. Darin würden kirchliche Feiern ebenso wie andere Feiern vor allem als festliche Zeremonien dargestellt. „Was können wir diesem Zirkus entgegenstellen, was haben wir mehr als eine Zeremonie?“, fragte sie. Aus Sicht der evangelischen Jugend

verdeutlichte Jonas Jakob Drude die Rolle von Diakoninnen und Diakonen besonders in der Jugendarbeit. „Sie sind zentral und prägend für den christlichen Glauben junger Menschen.“

Zu Meisters Ausführungen über die Gefahren der Kernenergie sagte der Jugenddelegierte Claas Goldenstein: „Das hat gesessen.“ Er habe es noch nicht erlebt, dass ein Mensch in verantwortlicher Position so deutliche Worte gefunden habe wie der Bischof. Der Wandel

mit Blick auf die Lebensbedingungen werde drastisch sein.

Bodo von Bodelschwing unterstützte den Bischof in seinem Appell, sich für die verfolgten Christen einzusetzen. In den Kirchengemeinden könne das durch eine Willkommenskultur geschehen. Die Gemeinde in Diepholz lade zum Beispiel seit vielen Jahren Zuwanderer zu Willkommens-Seminaren ein. Dadurch sei Vertrauen gewachsen. „Wir können ein Stück Heimat geben.“

Hilfe für Flüchtlinge – Schicksal

Zunehmend engagieren sich Initiativen in den Gemeinden und Kirchenkreisen für Flüchtlinge in ihrer Mitte. In Hannover noch viel mehr, erläuterte Diakonievorstandssprecher Christoph Künkel. So sei auch der Diakonie

Die Arbeit der Landeskirche im Bereich „Migration“ gewinnt an Bedeutung. Oberlandeskirchenrat Christoph Künkel brachte dazu nicht nur ein umfangreiches Aktenstück aus der Feder von insgesamt neun Autoren ein. Er berichtete vor allem von menschlichen Schicksalen. „Es geht um Menschen, die kein Zuhause haben, oder deren Zuhause weit hinter ihnen liegt, weil es in einem Krieg zerstört wurde“, sagte Künkel.

Er warb dafür, das Engagement für Flüchtlinge noch zu erweitern. So wünsche sich die Diakonie unter anderem deutlich mehr Geld für die Flüchtlingssozialarbeit.

Besonders die Hilfe für Menschen ohne Ausweispapiere werde künftig immer wichtiger, sagte Künkel. Schätzungen zufolge lebten derzeit in Niedersachsen mindestens 20.000 Menschen ohne Papiere, vor allem in Hannover. Sie hätten unter anderem keinen Zugang zu

einer Gesundheitsversorgung. Die Synode stellte in Aussicht, in ihrem kommenden Haushalt Mittel für Projekte vorzusehen, mit denen Kirchengemeinden und Kirchenkreise Flüchtlinge unterstützen.

Bereits die 24. Synode hatte eine Flüchtlings-Resolution verabschiedet, in der sie zu solchen Projekten aufgerufen hatte. Die Höhe der Mittel soll sich künftig auch danach richten, in welchem Umfang Gelder für konkrete Projekte beantragt werden.

Es gebe bereits eine Vielzahl mutmachender Beispiele, sagte Künkel. So habe die Kirche in Winsen an der Luhe ein Internationales Café und Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge initiiert. Viele Ehrenamtliche engagierten sich dort.

Nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Ehrenamtlichen bräuchten künftig Unterstützung, erläuterte er. So sei möglicherweise psychologische Bera-

tung vonnöten, wenn vertraute Menschen abgeschoben würden. Er berichtete von einer Frau, die selbst nach dem Zweiten Weltkrieg Flucht und Vertreibung erlebt hatte. Jetzt betreut sie einen Flüchtling von der Elfenbeinküste. Dass er abgeschoben werden könnte, sei für sie undenkbar, hat sie gesagt. „Das wird nicht geschehen. Dann nehme ich ihn zu Hause auf und verstecke ihn bei mir im Keller.“

Für die Gemeinden seien die Flüchtlinge eine Bereicherung, sagte Künkel. Zwei Drittel der Menschen, die nach Deutschland kommen, seien Christen. Es gebe jedoch auch neue Herausforderungen, zum Beispiel durch die unterschiedlichen Auffassungen der Zuwanderer zu Themen wie der Frauenordination oder Homosexualität.

„Es ist eine ideologische Verblendung, wenn wir meinen, dass der Umgang mit Fremden einmal erlernt werden könne und sich damit alle Fragen und

Wichtiges in Kürze

Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wird am 26. November für eine Stunde an der Tagung der Synode teilnehmen. „Wir brauchen den Kontakt mit der Politik“, betonte Synodenpräsident Matthias Kannengießer. Bei dem Gespräch und Austausch geht es um Themen rund um den Schwerpunkt „Reformation und Politik“. Auch soll zum Abschluss ein Wort der Landessynode verfasst werden. „Das ist eine gute Gelegenheit, unsere Position zusammengefasst nach außen zu verkaufen.“

Nach dem neuen Vertrag über die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen hat die Konföderation von 2015 an keine Rechtsetzungskompetenz mehr. Die einzelnen Landessynoden bestimmen künftig selbstständig. Dies betrifft unter anderem das Arbeitsrechtsregelungsgesetz der Diakonie, das die Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen regelt. Zudem geht es um das Mitarbeitervertretungsgesetz. Das Aktenstück wurde zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss weitergeleitet.

Das Landeskirchenamt informierte über den aktuellen Stand des Projektes „Sanierung, Aus- und Umbau des Predigerseminars Loccum“. Die veranschlagten 17 Millionen Euro sind das bisher größte Bauprojekt der Landeskirche. Unter anderem sollen neue Seminar-, Arbeits- und Büroräume entstehen. Freiflächen, Wege und Parkplätze sollen ebenfalls neu gestaltet werden. Baubeginn soll 2015 mit dem Gästehaus sein. Bislang hat es vor allem archäologische Voruntersuchungen gegeben.

Schlussgeschichten von Menschen

Die Landessynode möchte sie dabei unterstützen. Doch die Arbeit der Kirche im Bereich Migration umfasse analog mit Gemeinden anderer Sprache und Herkunft Chance und Herausforderung zugleich.



Diakonievorstandssprecher Christoph Künkel

Probleme gelöst hätten.“ So sei die Arbeit in der Landeskirche im Bereich „Migration“ umfassend. Sie schließe Projekte wie das Mentorinnenprogramm für qualifizierte Zuwanderinnen „Minerva“ des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt ebenso ein wie die Ar-

beit im Aufnahmelager Friedland und die Mitarbeit in der Härtefallkommission. Auch die Kontakte zu Gemeinden anderer Sprache und Herkunft, das interreligiöse Gespräch und die Unterstützung von Studierenden aus dem Ausland gehörten dazu.

Als Querschnittsaufgabe soll der Bericht über Migration in verschiedenen Ausschüssen der Landessynode weiter beraten werden. Zudem wird das Landeskirchenamt gebeten, bis 2015 ein Aktenstück zur Frage des Umgangs mit Gemeinden anderer Sprache und Herkunft zu erstellen. Bei diesem Thema könne auch die „Fachhochschule für interkulturelle Theologie“ des Missionswerkes in Hermannsburg Hilfen geben, regte Ottomar Fricke an. Hanna Löhmannsröben sagte, Künkel habe bewegende und ermutigende Beispiele für das Engagement in den Gemeinden gegeben. Rolf Bade fügte ein weiteres Beispiel hinzu. Nach Protesten gegen ein Flüchtlingsheim sei in Hannover am Kronsberg eine engagierte Bewegung für die Unterstützung von Flüchtlingen gewachsen. Jens Rannenberg betonte, das Engagement sei wichtig, obwohl die Flüchtlingsarbeit eine staatliche Verpflichtung sei.

Der mehr als 900 Seiten umfassende Bericht des Landeskirchenamtes über den Stand des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Arbeit ist in thematischen Abschnitten den Ausschüssen zur Durchsicht übergeben worden. Die Zuweisung sei mit der Bitte verbunden, zu prüfen, ob sich neue Anträge für die Tagung im November daraus ergeben, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg. Gleichzeitig richtete er einen Appell an die Synodalen, sich dabei auf wirklich wichtige Themen zu beschränken.

Ob Tablets künftig zu den Arbeitsgeräten für die Mitglieder der Landessynode gehören sollen, wurde noch nicht entschieden. Je nach Ausstattung könnten die Geräte auch vernetzt mit anderen Rechnern der Landeskirche genutzt werden, erläuterte Synodenpräsident Matthias Kannengießer. Bei einer Tagung in Loccum will die Landessynode zunächst gemeinsam mit Vertretern der Kirchenkreise eine umfassende IT-Strategie erörtern. Auch Probleme wie der Datenschutz sollen dabei in den Blick genommen werden.

Die Regelungen für die Erstattung der Reisekosten für die Mitglieder der Landessynode wurden leicht verändert. Sitzungsgelder soll es auch weiterhin nicht geben, sagte Gerhard Tödter. Die Altersgrenze für Kinder, für deren Betreuungsaufwand es eine Erstattung geben soll, wurde jedoch von 12 auf 14 Jahre hochgesetzt. „Es muss gewährleistet werden, dass alle an allen Sitzungen teilnehmen können“, sagte Tödter. Er mahnte insgesamt an, bei den Reisekostenabrechnungen Maß zu halten.

Plädoyer für Kirchenmusik von Orgel bis Pop

Oberlandeskirchenrat Klaus Grünwaldt warb dafür, mehr in die Kirchenmusik zu investieren. Insgesamt verliere die Musikvermittlung gesellschaftlich an Stellenwert, warnte er.

Die Landeskirche will verstärkt um Kirchenmusikerinnen und -musiker werben. Mit den jungen Menschen, die derzeit das Fach studierten, könnte nur etwa die Hälfte der frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. Noch schwieriger sei es, etwa Organisten im Nebenamt zu gewinnen, sagte Oberlandeskirchenrat Klaus Grünwaldt.

Die Landeskirche will deshalb zunächst auf fünf Jahre befristet insgesamt drei Stellen für Kirchenmusiker schaffen, die den Nachwuchs fördern sollen. Die Musiker könnten zum Beispiel mit Kinder- oder Jugendchören, Bands, Musicalprojekten oder Orgelunterricht Kinder und Jugendliche für die Musik begeistern. Beispielhafte Projekte wie das Programm „Alte Orgeln für junge Menschen“ der Orgelakademie Stade oder den Jugendchor Quilisma in Springe gebe es bereits. Für die neuen Stellen öffne die Landeskirche ein ursprünglich für Berufsanfänger konzipiertes Programm nun auch für



Klaus Grünwaldt

Kirchenmusiker, die bereits länger im Dienst sind, sagte Grünwaldt. Zuletzt hätten sich nicht genügend Berufseinsteiger für die Stellen begeistert.

Es sei wichtig, in die Musikvermittlung zu investieren, betonte der Oberlandeskirchenrat: „Das gesamtgesellschaftliche Klima für Musik und Kultur wird schlechter.“ Mehr Geld soll nach

den Vorstellungen des Landeskirchenamtes auch in die Förderung der Populärmusik fließen. Bisher hat die Landeskirche einen Pop-Kantor und einen Gospel-Pastor in Hannover. Im „Michaeliskloster“ in Hildesheim unterrichtet und berät Kirchenmusikdirektor Wolfgang Teichmann in diesem Bereich. Zusätzlich könnte der ebenfalls am Michaeliskloster angesiedelte Verein „Initiative Jazz, Rock, Pop in der Kirche“ entsprechend eingebunden und gefördert werden. Er könnte unter anderem Musiker beraten und fortbilden, Bandgründungen begleiten oder Liedwettbewerbe initiieren.

Die Präsidentin der Hochschule für Musik, Theater & Medien in Hannover, Susanne Rode-Breymann, bestätigte Grünwaldts Beobachtung zum Stellenwert der Musik: „Die Politik mahnt Hochschulen, wenn wir nicht genügend Lehrer ausbilden. Aber sie hat noch nie gemahnt, dass wir nicht genügend Kirchenmusiker ausbilden.“

Inklusion: Ein gemeinsamer Weg aller Kinder

Inklusion, das bedeutet für die Kindertagesstätten, dass alle Kinder gemeinsam betreut werden – unabhängig von ihrer Begabung, Herkunft, oder einer Behinderung. Jedes Kind soll dabei nach seinen Möglichkeiten bestmöglich gefördert werden. Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat die Landeskirche unter anderem die Langzeitfortbildung „Fachkraft für inklusive Pädagogik“ gestartet.

Die ersten 16 Fachkräfte hätten die Fortbildung mit 146 Stunden mittlerweile abgeschlossen, berichtete Diako-

nienvorstand Christoph Künkel. Allerdings sei es angesichts der hohen Arbeitsbelastung in den Tagesstätten schwierig, die Mitarbeitenden zu einer so langen Fortbildung zu gewinnen. Es fehle die nötige Vertretung. Künftig sollten deshalb die für die Fortbildungen vorgesehenen Mittel auch für Vertretungskräfte eingesetzt werden können. Ziel sei es, möglichst für jeden Kirchenkreis eine qualifizierte Fachkraft als Multiplikatorin auszubilden.

Zudem biete das Diakonische Werk Studientage und Inhouse-Seminare in

den Tagesstätten an, berichtete Künkel. Daran hätten bisher 29 Teams mit 215 Fachkräften teilgenommen. Bewährt habe sich die Zusammenarbeit mit der Inklusionsbeauftragten der Landeskirche, Sabine Hettinger, deren Sachverstand viel angefragt werde. Hanna Löhmannsröben verwies darauf, dass auch weitere Anbieter wie die Evangelische Erwachsenenbildung Fortbildungen im Bereich der Inklusion anbieten. Rolf Bade betonte den umfassenden Charakter der Inklusion, die auch die Schulen beschäftige.

Bauverwaltung im Umbruch

In den Kirchenkreisen Celle und Osnabrück wird der Aufbau einer regionalen Baufachverwaltung in einem Pilotprojekt seit Juni für vier Jahre erprobt. Die Phase diene dazu, das System auf Praxistauglichkeit, Personalaufwand und die Kosten zu prüfen, sagte die Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, Bettina Siegmund. Das Landeskirchenamt erhielt von der Landessynode den Auftrag, die neuen Strukturen zu überprüfen und dem Ausschuss darüber zu berichten.

Ein neues Modell sei nötig, weil personelle Einsparungen die fünf Ämter für Bau- und Kunstpflege (Bauämter) an ihre Grenzen gebracht hätten, betonte Siegmund. Die Personaleinsparungen in den Ämtern hätten sich nicht immer an der Zahl der Gebäude und damit am tatsächlichen Arbeitsaufwand orientiert. Somit würden die Kirchenkreise derzeit sehr unterschiedlich begleitet. Bereits derzeit sei eine angemessene baufachliche Begleitung nicht mehr möglich.

Die Kirchenkreise benötigten zukünftig eine Fachverwaltung durch Architekten und Ingenieure, weil sie mit der Gebäudebedarfsplanung und dem Gebäudemanagement beispielsweise für Pfarr- oder Gemeindehäuser neue Aufgaben erhalten hätten. Die Verantwortung für sakrale und denkmalgeschützte Gebäude bleibe bei den Bauämtern. Erarbeitet wurde eine Aufgabenmatrix, um die Verantwortlichkeiten im Baubereich zwischen Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, dem Amt für Bau- und Kunstpflege und dem Landeskirchenamt zu verteilen.

Unklar sei, wer nach Ablauf der Probezeit die Kosten für den Aufbau neuer Abteilungen in den Kirchenämtern und für die Arbeit freier Architekten trage. Die Kirchenkreise könnten durch den



Bettina Siegmund

Aufbau einer Fachverwaltung unter erheblichen finanziellen Druck geraten, mahnte Siegmund. Die Mehrheit der Mitglieder der Landessynode stimmte daher zu, dass der Schwerpunkteausschuss gemeinsam mit dem Umwelt- und Bauausschuss und dem Finanzausschuss prüfen soll, in welcher Form die Kirchenkreise finanzielle Unterstützung erhalten können.

Die Landessynode entschied nach intensiver Debatte, die personellen Sparvorgaben in den Bauämtern von weiteren 15 Prozent bis zum Jahr 2018 auszusetzen. So werde die bauliche Begleitung in den weiteren 47 Kirchenkreisen nicht gefährdet.

Die Neustrukturierung könne erst dann zu Einsparungen führen, wenn der Gebäudebestand spürbar reduziert werde, betonte Siegmund. Dies sei oft mit einem mühseligen Prozess verbunden, sagte Karl-Otto Scholz. „Das Umsetzen kostet Trauerarbeit.“ Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt regte einen Austausch mit den anderen evangelischen Kirchen in Niedersachsen an.

Pläne rund um das Reformationsfest

Bei den Feiern der Themenjahre zum Reformationsgedenken stelle sich zunehmend die Frage, wie ein Sinnzusammenhang zwischen der Gegenwart und den Ereignissen vor 500 Jahren hergestellt werden könne, sagte der Geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, bei seinem Bericht zur Reformationsdekade. Zum Motto des Themenjahres 2015 „Reformation und Bild“ habe die Landeskirche bereits zahlreiche Veranstaltungen geplant. Ende 2014 sollen dazu unter anderem eine Arbeitshilfe und Internetseite mit Anregungen für Gemeinden erscheinen.

25 Kirchengemeinden erhalten zudem die Möglichkeit, mit dem „Mobilen Kino Niedersachsen“ einen ausgewählten Film zum Thema Reformation zu zeigen. Im Oktober 2015 soll das zehnjährige Bestehen des Pilgerwegs Loccum-Volkenroda mit Kunstprojekten verbunden werden.

Auch die Kulturkirchen beteiligten sich, unter anderem in Emden mit einer geplanten Ausstellung mit Bildern des Künstlers Hermann Buß. Zudem werde ein Bildband „Stadt. Land. Gott“ vom Lutherischen Verlagshaus und der Hanns-Lilje-Stiftung erstellt.

Auch für das Jubiläumsjahr 2017 seien Veranstaltungen in Planung. So soll der alle sechs Jahre stattfindende Ehrenamtstag gefeiert werden. Zudem finde am 15. Januar 2017 die Uraufführung des „Luther-Musicals“ von Michael Kunze und Dieter Falk in Hannover statt. Wie bei dem Vorläufer „Die Zehn Gebote“ könnten sich Chöre aus der Landeskirche daran beteiligen. Zudem sei ein Buch geplant, das die Orte vorstellt, die an der Einführung und Durchsetzung der Reformation beteiligt waren.



Die Studentin Sophie Dankert aus Göttingen (20) ist neue Jugenddelegierte.



Auch der Kaufmann Ruben Grüssing (24) aus Detern vertritt die Jugend.

Abschied von Burghard Krause

Der Osnabrücker Regionalbischof Burghard Krause (64) verabschiedete sich mit einem Blick in die Zukunft aus der Landessynode. Er sprach von großen Herausforderungen für die Kirchen, die zu mehr Ökumene mahnten. „In Europa geht die Zeit eines durch Tradition und Kultur abgestützten Christseins zu Ende.“

Krause, der am 12. Juli in den Ruhestand geht, wurde unter Applaus der Kirchenparlamentarier verabschiedet.

Der christliche Glaube, der in vielen Ländern jahrhundertlang wie eine „Muttersprache“ vermittelt worden sei, müsse inzwischen als Fremdsprache neu gelernt werden, sagte er. Die Lernorte dafür seien rar. „Die Kirche hat ihre gesellschaftliche Monopolstellung als Orientierungs- und Sinngebungsinstanz verloren. Ihr Einfluss und ihre Bindkraft nähmen spürbar ab.“

Ein nostalgischer Rückblick auf vermeintliche bessere frühere Zeiten helfe aber genauso wenig wie ein schlichtes „Weiter so!“ mit geringeren Mitteln und Einflussmöglichkeiten. Er sei aber überzeugt, dass Gott mit der Kirche noch viel vorhabe, betonte Krause.

Krause wurde 1949 in Wolfenbüttel geboren. Er studierte in Neuendettelsau bei Nürnberg und Erlangen Theologie und war bis 1979 als wissenschaftlicher Assistent in Erlangen tätig. Nach seiner Promotion und seinem Vikariat in Loccum bei Nienburg wurde er 1981

Pastor in Hachmühlen bei Hameln. 1985 wechselte er als stellvertretender Direktor zum Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Hermannsburg. 1998 wurde er Superintendent in Rotenburg/Wümme, bevor er 2002 als Landessuperintendent zunächst nach Göttingen und 2007 dann nach Osnabrück ging.



Burghard Krause

*Herausgegeben im Auftrag der
25. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers von der
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover*

Redaktion:

Ulrike Millhahn (verantwortlich)

Karen Miether,

Charlotte Morgenthal

Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,

Martina Rosenwirth

Lutherisches Verlagshaus

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen

Unter Mitwirkung der

Öffentlichkeitsbeauftragten

www.landeskirche-hannovers.de

*Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren
wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten,
bestellen Sie dies bitte bei der Lutherischen Verlagshaus GmbH,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736,
Fax 0511/1241-705, E-Mail synode@lvh.de*